



Reden

17.05.2011

Thema: Aussprache zum Dringlichkeitsantrag – weitere Chaostage am Amtsgericht Augsburg verhindern

Florian Streibl (FW): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben diesen Antrag mit den Worten "Augsburg ist überall" übertitelt. Er bezieht sich auf die Chaostage im Augsburger Amtsgericht. Leider haben wir hierzu nur einen sehr mageren, dürftigen Bericht erhalten. Er kam überraschend in den Ausschuss. Leider ist das Thema nicht erschöpfend behandelt und erledigt worden. Das Einzige, was wir erfahren haben, ist, dass es immer noch 385 Stellen von Richtern und Staatsanwälten sind, die in Bayern fehlen. Bei den Rechtspflegern sind es 160 Stellen. Aber über die Justizangestellten schweigt man sich aus. Das ganze Desaster betrifft nicht nur Augsburg, sondern nach neuesten Berichten zum Beispiel auch das Amtsgericht Wolfratshausen. Die "Süddeutsche Zeitung" hatte am 8. März darüber berichtet, dass sich Rechtsanwälte, die unter Stress stehen, an die Zeitung gewandt haben. Es wurde mitgeteilt, dass Zeugen nicht oder falsche Zeugen geladen worden sind. Die Bearbeitungsdauer der Verfahren sei überlang. Das ganze Prozedere werde immer zäher. Ganz aktuell liegt mir ein Schreiben eines Richters des Amtsgerichts Wolfratshausen vor, der sich mit einem Brandbrief an die Justizministerin gewandt hat. Darin berichtet der Richter, dass die Belastungsquote der Richter am Amtsgericht Wolfratshausen im letzten Quartal bei 143,79 % liegt. Die normale landesdurchschnittliche Arbeitsbelastung liegt bei 118,65 %. Es wird berichtet, dass im Grunde chaotische Zustände vorherrschen. Jetzt zitiere ich aus dem Schreiben des Richters wörtlich: Weder Statistiken noch die jeweilige Passendmachung können jedenfalls darüber hinwegtäuschen, was jeder mit den örtlichen Verhältnissen halbwegs vertraute Beobachter sehen muss: Die in den letzten eineinhalb Jahren am Amtsgericht Wolfratshausen entstandene Situation lässt eine ordnungsgemäße Rechtsprechung nicht mehr als gewährleistet erscheinen. Da geht also zu gut Deutsch nichts mehr. Der Richter berichtet in seinem Schreiben weiter, dass die Strafabteilung des Amtsgerichts regelrecht abgesoffen ist, und das eigentlich schon seit Längerem. Aufgrund des Zeitungsartikels hat es dann eine Umstellung gegeben. Man hat Abhilfe durch Personal aus der Zivilabteilung geschaffen. Damit hat man aber die Zivilabteilung in das vollendete Chaos gestürzt. Hier zitiere ich wieder wörtlich: Seit einigen Wochen handelt es sich nicht mehr nur um Ausnahmefälle, wenn neue Klagen dem zuständigen Richter über einen Monat nach Eingang erstmals vorgelegt werden; Schriftsätze, die vor einer Entscheidung fristgerecht eingegangen waren, dem Richter erst nachträglich zur Kenntnis gelangen; die Fertigung von Protokollen nach Diktaten, die der Geschäftsstelle vom Richter unmittelbar nach der Sitzung zugeleitet wurden, sich mehrere Wochen hinzieht; wegen verzögerter Übermittlung von Schriftsätzen und Ladungen an Verfahrensbeteiligte wochenlang zuvor anberaumte Termine kurzfristig verlegt werden müssen. "Diese Unzulänglichkeiten", berichtet er, "haben die Geschäftsstelle ins Chaos gestürzt. Sie haben total den Überblick verloren." Weiter schreibt er: "Wie soll man Parteien und Rechtsanwälten erklären, dass sie, wenn sie eine Frist versäumen, dann mit Konsequenzen rechnen müssen, aber das Amtsgericht selber diese Fristen teilweise gar nicht einhalten kann?" Meine Damen und Herren, das ist das Bild eines ganz normalen Amtsgerichts hier bei uns in Oberbayern, und ich fürchte, im Rest von Bayern wird das Bild leider genauso sein. Hier muss gehandelt werden. Denn was hier gemacht wird und was uns im Ausschuss vorgetragen wurde, ist im Grunde eigentlich nur eine Farce, ein läppischer Bericht,

(Beifall bei Abgeordneten der FREIEN WÄHLER und der Abgeordneten Johanna WernerMuggendorfer (SPD))

der auf das wirkliche Ausmaß gar nicht hinweist und auch keine Konsequenzen aufzeigt, wie gehandelt werden muss. Es handelt sich immerhin um die dritte Gewalt im Staat, die am Boden liegt. Da muss man fragen: Wem soll das nützen? Den Gerichten und den rechtsuchenden Bürgern sicher nicht. Von daher bitte ich Sie, Frau Ministerin, stellen Sie für die Justiz nicht den Totenschein aus, sondern handeln Sie. Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)